



Demographischer Wandel verstärkt Unterschiede zwischen Stadt und Land

Demographischer Wandel verstärkt Unterschiede zwischen Stadt und Land
Deutschlands Bevölkerungsstruktur wird sich in den kommenden Jahren spürbar verändern. Das Durchschnittsalter steigt. Der Pflegebedarf nimmt zu. Während die Städte eher wachsen, dünnt der ländliche Raum weiter aus. Die Kommunen stellt das vor ganz unterschiedliche Herausforderungen. Deutschland wird bis zum Jahr 2030 um mehr als eine halbe Million Einwohner schrumpfen. Das zeigt eine Bevölkerungsprognose aus dem Datenportal "Wegweiser Kommune" der Bertelsmann Stiftung. Für die Studie wurde die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung für Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner sowie aller Landkreise berechnet. Demnach werden in 15 Jahren trotz zu erwartender hoher Zuwanderung in Deutschland nur noch 79,97 Millionen Menschen leben, 0,7 Prozent weniger als 2012.
Der Bevölkerungsrückgang verteilt sich alles andere als gleichmäßig. Die einzelnen Bundesländer und Regionen nehmen sogar eine teils gegensätzliche Entwicklung. Während Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland zum Teil mehr als jeden zehnten Bewohner verlieren, werden andere Länder wachsen. Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gewinnen ebenso an Einwohnern wie die Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein - auch dies teilweise im zweistelligen Prozentbereich. Städte wachsen, ländlicher Raum verliert
Vor allem für viele Gemeinden im ländlichen Raum dürften die Folgen des Bevölkerungsrückgangs dramatisch werden. Im sächsischen Hoyerswerda, in Bitterfeld-Wolfen und Gräfenhainichen in Sachsen-Anhalt oder im thüringischen Roßleben wohnen 2030 gut 26 Prozent weniger Menschen als 2012. Unterföhring und Feldkirchen bei München, das nordbadische Ilvesheim und Teltow im brandenburgischen Kreis Potsdam-Mittelmark hingegen erwarten einen Anstieg der Einwohnerzahl um mehr als ein Viertel.
Generell setzt sich der Trend fort: Städtische Regionen wachsen, der ländliche Raum verliert. Laut Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, ist es die zentrale Herausforderung, auch in einwohnerschwachen Regionen flexible Mobilitätsangebote, schnelles Internet und eine angemessene Gesundheitsversorgung in erreichbarer Nähe anzubieten.
"Es wird für die schrumpfenden und alternden Regionen immer schwieriger, eine gute Infrastruktur zu gewährleisten."
Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung
Gefahr von Versorgungslücken für alte Menschen
Die zunehmende Alterung der Bevölkerung bedeutet einen erhöhten Pflegebedarf in den Kommunen. 2030 wird die Hälfte der Bundesbürger älter als 48,1 Jahre sein, während das sogenannte Medianalter 2012 noch 45,3 Jahre betrug. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg liegt es 2030 bei etwa 43 Jahren am niedrigsten. Am höchsten ist das Medianalter mit jeweils rund 53 Jahren in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.
Auch dieser Wert verändert sich regional ganz unterschiedlich. Auf der Ebene der Städte und Gemeinden wird die Spanne von 41 bis 63 Jahren (2012: von 37 bis 56 Jahren) reichen. "Jüngste" Kommunen sind dann München, Unterföhring und Münster, "älteste" Kommunen sind 2030 Bad Füssing im Kreis Passau, das brandenburgische Guben und Grömitz in Ostholstein.
In den kommenden 15 Jahren steigt die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre bundesweit um 47,2 Prozent auf über 6,3 Millionen. Mit seiner relativ jungen und wachsenden Bevölkerung wird sich Berlin gleichwohl auf einen Anstieg in dieser Altersgruppe um drei Viertel einstellen müssen. Hohe Zuwächse wurden auch für Schleswig-Holstein und Brandenburg errechnet. Moderater verläuft die Entwicklung im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, die bis 2030 etwa ein Drittel mehr Hochbetagte verzeichnen werden.
Nur in vereinzelten Gemeinden werden 2030 weniger über 80-Jährige leben als 2012. So gibt es einen Rückgang von 17 Prozent und mehr im thüringischen Bad Blankenburg und Heringen in Osthessen. Die Zuwächse fallen sehr viel drastischer aus: So müssen Kirchheim bei München, Kropp in Schleswig-Holstein und Karlsfeld im Kreis Dachau mit einem Anstieg von mehr als 180 Prozent bei den Hochbetagten rechnen. "Mit dem Anstieg dieser Altersgruppe vergrößert sich auch der Unterstützungs- und Pflegebedarf in den Kommunen. Es gilt, frühzeitig der Gefahr von Versorgungslücken aufgrund fehlender Pflegekräfte entgegenzuwirken", sagte Brigitte Mohn.
Ansprechpartner
Carsten Große Starmann
Senior Project Manager
Telefon: +49(5241)81-81228
E-Mail: Nachricht schreiben


Pressekontakt

Bertelsmann Stiftung

33311 Gütersloh

Nachricht schreiben

Firmenkontakt

Bertelsmann Stiftung

33311 Gütersloh

Nachricht schreiben

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemäß ihrer Satzung ausschließlich operativ und nicht fördernd. Sie vergibt daher keine Stipendien und unterstützt auch keine Projekte Dritter. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Förderanträge nicht bearbeitet werden können.